

„Wie gelangt PFC in den Sandbach?“

Fünf Fragen an Landtagsabgeordnete Beate Böhlen (Grüne) aus dem Wahlkreis Baden-Baden

Viele Behörden sind mit dem PFC-Skandal in Mittelbaden befasst. Das Land spielt bei der Sanierung von verunreinigtem Boden und Grundwasser eine Schlüsselrolle. BNN-Mitarbeiterin Patricia Klatt hat den fünf Landtagsabgeordneten der Wahlkreise Rastatt und Baden-Baden fünf Fragen gestellt, die Antworten werden nun nacheinander veröffentlicht. Heute äußert sich Beate Böhlen (Grüne) aus dem Wahlkreis Baden-Baden.

Wie sehen Sie das bisherige Vorgehen im PFC-Skandal, was ist gut gelaufen, was weniger gut?

Böhlen: Eine der größten Schwierigkeiten im Zusammenhang mit dem PFC-Skandal besteht darin, dass das Problem so lange unbemerkt blieb. Leidtragende dieses Umstandes sind beispielsweise die Biobauern aus unserer Region, die selbst keine schädigenden Substanzen ausgebracht haben, aber ihre Böden über das Grundwasser über Jahre hinweg der Belastung durch PFC ausgesetzt haben. Die unteren Verwaltungsbehörden sind im Umgang mit der Bürgerinitiative nicht immer hilfreich gewesen, auch hat sich das damalige SPDgeführte Gesundheitsministerium den drängenden Gesundheitsaspekten nicht gestellt. Sehr hoch bewerte ich die Berufung der Bürgerinitiative in die Expertengruppe des Landesgesundheitsamtes unter dem jetzigen Gesundheitsminister Manfred Lucha als Anerkennung ihres Engagements. Das wirkt in die gesamte Region hinein und Mut macht, sich bürgerschaftlich zu engagieren, auch wenn kein kurzfristiger Erfolg absehbar ist. Positiv bewerte ich die offene Kommunikation und die parteiübergreifende Zusammenarbeit. Auch die Einrichtung der Stabsstelle im RP Karlsruhe war ein richtiger und wichtiger Schritt.

Welche Maßnahmen halten Sie weiterhin für dringend erforderlich?

Böhlen: Vorsorgemaßnahmen sind dringend erforderlich, ebenso wie Anstrengungen, die PFC-Konzentration im Wasser so niedrig wie möglich zu halten. In diesem Zusammenhang halte ich es auch für zwingend notwendig, die Einleitung des durch Umkehrosmose gewonnenen Retentats in Fließgewässer zu verhindern. Weitere Maßnahmen könnten der Einsatz von Filtern zur Reinhaltung von Trinkwasser sein, sowie das Monitoring von Feldfrüchten. Da das Thema PFC noch viel zu wenig erforscht ist, sehe ich in diesem Bereich – der Forschung – großen Handlungsbedarf. Die toxische Wirkung der PFC ist ebenso wenig erschöpfend erklärt wie das Abbau- oder Transportverhalten der per- und polyfluorierten Chemikalien. Solange wir nicht wissen, wie sie wirken, ist es wesentlich schwieriger, geeignete Gegenmaßnahmen zu benennen. Wie



AUFRÜSTUNG DES WASSERWERKS RAUENTAL: „Eine Maßnahme könnte der Einsatz von Filtern zur Reinhaltung von Trinkwasser sein“, erklärt Böhlen. Archivfoto: Collet

wir wissen ist bei der Überprüfung des Sandbachs hinsichtlich der Einleitung des Eluats festgestellt worden, dass das Gewässer aus verschiedenen Ursachen mit PFC belastet ist. Für mich steht es im Sinne einer grünen Umweltpolitik als einer der nächsten Punkte an zu klären, wo der Ursprung dieser Belastung liegt. So frage ich mich beispielsweise, wie PFC aus der Industrie in den Sandbach gelangen kann, der insgesamt lediglich einen Weg von 29 Kilometer von der Quelle bis zur Mündung in den Rhein zurücklegt? Das vom Umweltbundesamt empfohlene PerfluorAd-Verfahren sollte an den Brunnen installiert werden. Bei diesem Verfahren wird

durch Zugabe eines Additivs die Wirksamkeit der Filterung mit Aktivkohle erhöht und die Kosten werden im Rahmen der Wirtschaftlichkeit gehalten.

Sind Ihrer Ansicht nach die Informationen hinsichtlich belasteter Flächen, belasteter Lebensmittel beziehungsweise betroffener Betriebe, Wasserbelastung, Bauvorhaben und so weiter für die Verbraucher transparent gestaltet und leicht verfügbar? Wo kann sich der Verbraucher Ihrer Ansicht nach gezielt über die verschiedenen Aspekte des PFC-Skandals informieren?

Böhlen: Eine sichere Anlaufstelle zu Fragen rund um das Thema PFC ist die Stabsstelle im Regierungspräsidium Karlsruhe. Auf der entsprechenden Website finden Sie viele Informationen. Auch auf der Seite des Landratsamts Rastatt und der Stadt Baden-Baden finden sich umfassende Informationen.

Was würden Sie sich vom Bund hinsichtlich der mittlerweile globalen PFC-Belastung der Umwelt wünschen?

Böhlen: Auch auf Bundesebene wäre die Förderung der Forschung im Bereich PFC wünschenswert. Ein weiterer hilfreicher Schritt wäre die Anerkennung der PFC-belasteten Flächen als Konversionsflächen, die damit den Ausschreibungen für Freiflächen-PV zur Verfügung stünden. Der Bund müsste Gesetze erlassen, auf die man sich dann auf Landesebene berufen kann. Auf Bundes-



ebene könnten Fachleute beispielsweise über eine Kennzeichnungspflicht für PFC in Produkten entscheiden. Gleichzeitig findet bereits der freiwillige Verzicht von PFOA und PFC einzelner Bekleidungshersteller vor 2020 statt. Hier liegen mit Vaude und Jack Wolfskin zwei deutsche Unternehmen ganz vorne: Jack Wolfskin mit 75 Prozent in der Sommerkollektion und Vaude bei 72 Prozent der Gesamt-Bekleidung. Das ist meiner Meinung nach ein guter Anfang. Aber wie viele Imprägniermittel stehen in den Regalen und Schränken, die irrsinnigerweise noch eingesetzt werden, obwohl gerade das Thema PFC in den vergangenen Jahren so in den Mittelpunkt des Interesses gerückt ist. Außerdem wäre ein weiteres Verbot wie vom Umweltbundesamt gefordert wünschenswert.

Was haben Sie persönlich in den vergangenen Jahren in Ihrer Funktion als Abgeordnete unternommen, um die Aufklärung, die Sanierung und den Umgang mit dem Skandal „nach vorne zu bringen“?

Böhlen: Ich habe den Weg zur besseren Aufklärung und auch zur Wahrnehmung der Bürgerinitiative auf Verwaltungsebene aktiv begleitet, in meiner Eigenschaft als Stadträtin immer wieder Fragen gestellt und als Landtagsabgeordnete das Thema PFC in Stuttgart aktuell gehalten. Ich würde Mitglied im Ausschuss für Ländlichen Raum, um das Thema immer aktuell begleiten zu können.

Internet

www.landkreis-rastatt.de
www.baden-baden.de
rp.baden-wuerttemberg.de/rpk